

# Wie ein Krimineller

**Blauzungenvimpfung** / Gegen das Obligatorium wehrt sich im Kanton Bern ein neu gebildetes Komitee. Hart kritisiert werden die Behörden.

**UETTLIGEN** ■ Die Biobauern des Kantons Bern setzen sich für eine freiwillige Impfung gegen das Blauzungenvirus ein. Das haben sie diese Woche an einer Medienorientierung auf dem Hof von Fritz Sahli in Uettiligen mitgeteilt. Auch Sahli gehört, laut seinen Erklärungen, zu den geschädigten Landwirten, die aufgrund der Impfung im Stall mit Einbussen leben müssen. Auf der Weide zeigte er zwei gleichaltrige, aber vollkommen unterschiedlich entwickelte Tiere. Während sich das Jungtier aus einer nicht geimpften Kuh dem Alter entsprechend gut entwickelt zeigt, ist das andere Jungtier, aus einer geimpften Kuh, ein Kümmerer. «So etwas habe ich nie zuvor in meinem Stall gehabt, bis zur Blauzungenvimpfung», sagte Sahli enttäuscht.

## Kurzbeinigkeit, übergrosse Bäuche und struppiges Fell

Nun seien es gleich mehrere Tiere aus der geimpften Herde, die sich schlecht entwickelten. Sie litten unter Kurzbeinigkeit, übergrossen Bäuchen, langem und struppigem Fell und wiesen, was für die Fleischproduktion zentral ist, bei kleinem Wuchs einen schlechten Fleischansatz auf. Biobauer Sahli ist verärgert.

Neben der Tatsache, dass Sahli mit Einbussen im Stall leben müsse, werde er zudem wegen Verweigerung der diesjährigen Blauzungenvimpfung wie ein Krimineller behandelt. «Die Polizei kam auf meinen Hof und beschlagnahmte Dokumente», erzählte er. Viele der Anwesenden kennen den polizeilichen Besuch auf ihrem Hof.



Fritz Sahli (links) zeigt Beat Garo den Kümmerer. Garo spricht wegen der Impfung von einem 20000 Franken Verlust in seiner Mutterkuhherde mit 90 Tieren. (Bild sb)

Ulrike Minkner, Biobäuerin und Geschäftsführerin der Schweizer Bergheimat, Mont Soleil, fordert Freiwilligkeit statt Zwang. Sie bedauert, dass Andersdenkende derart hart bestraft werden. «Das Vorgehen mit den vielen eingeschriebenen Briefen, Verfügungen, massiven Strafdrohungen, Vorladungen, Einvernahmen und Einschüchterungsversuchen verkommt zur interkantonalen Disziplinierungsübung, die sehr viel Geld kostet und der Regierung Missmut einbringen wird», erklärt sie. Minkner gibt zudem zu bedenken, dass die Krankheit kaum bekämpfbar sei. «Das Virus wird durch eine Mücke übertragen, nicht von Tier zu Tier. Die Impfkampagne müsste jedes Jahr wieder vollzogen werden, denn die Mücke, und damit das Virus, überleben!» Auch diese Tatsache empfindet man in den Kreisen der Impfgegner als unverhältnismässig. «Das dient lediglich der Gestandstossung der Pharmaindustrie», meinte Theo Schädeli, ein Biobauer aus Uettiligen.

## Eine Reaktion der Berner Regierung blieb aus

Es herrscht grosse Unzufriedenheit gegenüber der Kantonsregierung. Man fühlt sich im Stich gelassen. Auf die Schreiben aus den Kreisen der Impfgegner an die Regierung wie auch an den kantonalen Veterinärdienst sei kaum eine nennenswerte Reaktion gekommen. «Anstatt auf unsere Schreiben zu

reagieren, erhalten wir Serienbriefe, die in keiner Weise auf die Fragen in unserem Schreiben eingehen», erzählte die anwesende Bäuerin Magdalena Schatzmann, Diemtigen. Sie bat um eine schriftliche Bestätigung des Veterindienstes, dass negative Folgeschäden gerecht entschädigt würden und die Impfung keine Rückstände in Milch, Milcherzeugnissen und Fleisch hinterlasse. Eine Stellungnahme jedoch blieb bis heute aus. «Stattdessen durchlaufen wir die Mühle der Verweigerer», erklärte Schatzmann enttäuscht.

## Untragbare Kriminalisierung der Impfgegner

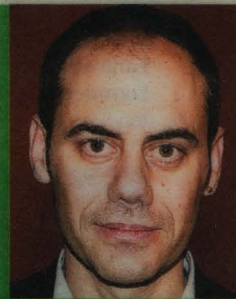
Auch für Kathy Hänni, Grossrätin und Biobäuerin, Kirchlindach, sind die Antworten der Berner Regierung unbefriedigend. Sie hat zusammen mit 18 Mitunterzeichnenden im Frühjahr im Grossen Rat eine Interpellation eingereicht, die 13 Fragen enthielt. Die Interpellation wird im September behandelt. Hänni zeigte sich enttäuscht von der Beantwortung ihrer Fragen und wird gerade in Sachen Impfschäden und Entschädigung der Tierhalter in der Fragestunde nachdoppeln. Sie hofft, dass 2010 die Impfung freiwillig sein wird. Die Kriminalisierung der Impfgegner erachtet sie als untragbar. «Es ist eine unangemessene Überspitzung der staatlichen Bekämpfung der Blauzungenviruskrankheit», sagte Hänni bestimmt.

Simone Barth

Um die Tiergesundheit steht es in der Schweiz sehr gut. Verschiedene Krankheiten wie die als Buchstabenseuche bekannte IBR oder die Maul- und Klauenseuche wurden erfolgreich bekämpft. Unsere Tierbestände sind frei von vielen Seuchen, die in anderen Ländern heute noch Menschen gefährden oder zu grossen Verlusten führen. Ohne eine schweizweit einheitliche Bekämpfungsstrategie und ohne konsequente Umsetzung von Massnahmen wären diese Erfolge nicht möglich gewesen.

Bei der Blauzungenviruskrankheit verhält es sich gleich. Ohne einheitliches und konsequent umgesetztes Bekämpfungskonzept lässt sich auch diese Krankheit nicht eindämmen. Von den Veterinärbehörden

MEINUNG



## Reto Wyss, Berner Kantonstierarzt, zur Freiwilligkeit der Impfung gegen Blauzunge

den wird dabei erwartet, dass möglichst präventiv gehandelt wird und die Bekämpfung nicht erst einsetzt, wenn Schäden eingetreten sind. Mit der flächendeckenden Impfung von Rindern und Schafen gegen die Blauzungenviruskrankheit wurde erfolgreich und sicher Prävention betrieben. Die Ausbreitung der Krankheit, und damit Tierleid und wirtschaftliche Schäden, konnten in der Schweiz verhindert werden.

Bekämpfungsmassnahmen können aber nicht auf Jahre hinaus festgelegt werden. Es gilt, die Seuchensituation im internationalen Umfeld zu beobachten, neue wissenschaftliche Erkenntnisse in die Überlegungen einzubeziehen und die Erfahrungen mit den angeordneten Bekämpfungsmassnahmen auszuwerten. Entsprechend werden Veterinärbehörden und landwirtschaftliche Organisationen die Impfstrategie in diesem Herbst neu beurteilen und diskutieren. Die Behörden des Kantons Bern werden sicher nicht über die Bedenken der Landwirtschaft hinwegsehen. Denn, Tierseuchenbekämpfung geschieht immer im Interesse der Landwirtschaft.

## BRIEF OHNE ANTWORT

Alexandra Maier und Martin Bigler aus Rubigen richteten am 11. August ein Schreiben an Volkswirtschaftsminister Andreas Rickenbacher. Sie bewirtschaften ihren Hof nach den biologisch-dynamischen Grundlagen und setzen auf ein starkes Immunsystem bei den Tieren und glauben, dass eine Impfung immer gut abzuwägen ist. Sie schreiben: «Im Falle der Blauzungenviruskrankheit sehen wir ein Impfbobligatorium nicht gerechtfertigt. Die Bedrohung für unseren Tierbestand sehen wir nicht in der Krankheit, sondern mehr durch die Impfung.» Sie erachten die Reaktionen der Regierung auf ihre abgelehnte Impfung als Schikane. Eine Antwort des Regierungsrats auf den Brief sei noch ausstehend.

sb